

Wochenblatt für Wilsdruff

Charandt, Rossen, Siebenlehn und die Umgegenden.

Erscheint
wöchentlich dreimal u. zwar Dienstags, Donnerstag und Sonnabends.
Bezugspreis vierteljährlich 1 Mk. 30 Pf.,
durch die Post bezogen 1 Mk. 55 Pf.
Einzelne Nummern 10 Pf.

Inserate
werden Montags, Mittwochs und
Freitags bis spätestens Mittags
12 Uhr angenommen.
Inserationspreis 10 Pf. pro dreizehnpaltene Corpuszeile.

Amtsblatt

für die Kgl. Amtshauptmannschaft Meissen, für das Kgl. Amtsgericht und den Stadtrath zu Wilsdruff,
sowie für das Kgl. Forstrentamt zu Charandt.

Druck und Verlag von Martin Berger in Firma S. A. Berger in Wilsdruff. — Verantwortlich für die Redaktion S. A. Berger daselbst.

No. 15.

Sonnabend, den 2. Februar

1895.

Bekanntmachung.

Die in Gemäßheit von Art. II § 6 der Allerhöchsten Verordnung vom 21. Juni 1887 — Reichsgesetzblatt Seite 245 fgd. — nach dem Durchschnitt der höchsten Tagespreise des Hauptmarktes Meissen im Monate Dezember vor. Js. festgesetzte und um fünf vom Hundert erhöhte Vergütung für die von den Gemeinden resp. Quartierwirthen innerhalb der Amtshauptmannschaft im Monate Januar d. Js. an Militärpferde zur Verabreichung gelangte Marschfourage beträgt

8 M. 88,8 Pf. für 50 Kilo Hafer,
3 „ 46,5 „ „ 50 Kilo Heu,
2 „ 10 „ „ 50 Kilo Stroh.

Meissen, am 30. Januar 1895.

Königliche Amtshauptmannschaft.
J. A. Meusel, Bezirksassessor.

Bekanntmachung.

Nach § 55 des Reichsgesetzes vom 5. Mai 1886 und nach Bestimmung von § 30 des Statuts der land- und forstw. Berufsgenossenschaft ist von jedem in einem versicherten Betriebe vorkommenden Unfall, durch welchen eine in demselben beschäftigte Person getödtet wird oder eine Körperverletzung erleidet, welche eine Arbeitsunfähigkeit von mehr als drei Tagen oder den Tod zur Folge hat, von dem Betriebsunternehmer sowohl bei der Ortspolizeibehörde als bei dem zuständigen Vertrauensmann eine binnen zwei Tagen Anzeige zu erstatten und nach § 26 des Statuts sind die Genossenschaftsmitglieder verpflichtet, Aenderungen ihrer Betriebe, welche für die Zugehörigkeit des Betriebs zur Genossenschaft oder für die Umlegung der Beiträge von Bedeutung sind, (z. B. Grundstücksverpachtungen und -verkäufe) binnen zwei Wochen nach Eintritt der Aenderung dem zuständigen Vertrauensmann anzuzeigen.

Unterlassung dieser Anzeige zieht Strafe nach sich!
Wilsdruff, am 24. Januar 1895.

Der Bürgermeister.
Sicker.

Das neue Programm der preussischen Regierung zur Hebung der Landwirtschaft.

Der neue preussische Minister für Landwirtschaft, Freiherr von Hammerstein-Vorsten, hat in der Dienstagssitzung des Abgeordnetenhauses gelegentlich der Spezialberatung des Landwirtschaftsetats eine Reihe bedeutsamer Erklärungen abgegeben, welche man als das neue Programm der preussischen Regierung zur Hebung der Landwirtschaft bezeichnen kann. Die parlamentarische Einführungsrede desselben ist dadurch ein Gegenstand des allgemeinen Interesses geworden, daß der Minister in ihr neben der weitläufigen Erörterung der für die Hebung der Landwirtschaft in Preußen geeigneten Maßnahmen auch die reichsgesetzlichen Bestimmungen besprach, welche vielleicht die Lage der Landwirtschaft günstig beeinflussen könnten. Außerdem aber zog er noch den bekannten Antrag König auf Verstaatlichung des Handels mit ausländischem Getreide, die Handelsverträge, die Reform der Zuckersteuergesetzgebung, die Währungsfrage, die Börsenreform und noch andere Fragen von weitestreichender Bedeutung in den Kreis seiner Betrachtungen.

Herr v. Hammerstein leitete seine Darlegungen mit der bemerkenswerthen Erklärung ein, daß er ein entschiedener Gegner des Handelsvertrages mit Oesterreich-Ungarn gewesen sei, er betonte aber gleichzeitig, daß nach dem Abschlusse dieses Vertrages derjenige der anderen Handelsverträge für Deutschland einfach eine Nothwendigkeit bedeutet habe. Dies führte ihn dann zu der Frage, ob vielleicht eine Revision der Verträge angezeigt sei, um die bei letzteren etwa begangenen Fehler wieder gut machen zu können, in dessen Verneinung er der Minister, sich hierzu bestimmt zu äußern und wies er lediglich auf die Schwierigkeiten eines solchen Vorgehens hin. Dann kam er auf die landwirtschaftliche Krisis zu sprechen, hervorhebend, daß dieselbe sich nicht auf Preußen und Deutschland beschränke, sondern vielmehr internationaler Natur sei. Ein bestimmtes System oder die Regierung tragen jedoch an der ungünstigen Lage speziell der deutschen Landwirtschaft nicht die Schuld, weil eben die Gründe der Krisis nicht in einem System oder in Personen lägen, sondern in schwierigen Umständen internationaler Art wurzeln, eben deshalb würde auch ein starres Festhalten an einer extremen Schutzpolitik das Uebel nicht beseitigen, sondern eher noch verschärfen.

Nach diesen ebenfalls höchst bemerkenswerthen Auslassungen wandte sich der Minister zu den Maßnahmen, welche zu einer Befestigung oder wenigstens Verringerung der landwirtschaftlichen Krisis in Preußen geeignet erschienen. Als solche Mittel bezeichnete er die schon eingeleiteten Steuerreformen, die Erleichterung des Verkehrs durch Erweiterung des Netzes der verschiedenen Verkehrsstraßen, besonders Anlegung von Kleinbahnen und Kanälen, Umgestaltung der Tarife und sonstige Eisenbahnreformen, weiter zählte er als geeignete Maßnahmen zur Hebung der Landwirtschaft die fortschreitende Bodenverbesserung und namentlich die fernere Entwicklung der Moor- und Wälderkultur, sowie die Förderung der Viehzucht auf, auch beantwortete er Fragezeichen zur Bekämpfung der Viehsuchen und der Rebaaisgahr. Energetisch betonte Herr von Hammerstein die Nothwendigkeit einer Dezimierung des Abganges landwirtschaftlicher Erzeugnisse auf gnosienförmliche Weise und verbat sich überhaupt nicht, hervorzuheben, wie sich der Landwirth auch selbst

viel zu helfen vermöge. Hierauf knüpfte der Minister Betrachtungen über ein Eingreifen des Reichs zu Gunsten der Landwirtschaft und stellte er in dieser Beziehung entsprechende Reformen in der Zuckersteuern- und Spiritussteuergesetzgebung in bestimmter Aussicht. Gegen Ende seiner Ausführungen erörterte der Minister noch den Antrag König, ohne allerdings schon verbindende Mittheilungen über die Stellung der Staatsregierung in dieser Frage zu machen, doch erweckten seine Auslassungen den Eindruck, als ob die im Antrage König sich concentrirten Bestrebungen auf kein großes Entgegenkommen seitens der Regierung zu rechnen hätten. Nachdem Freiherr v. Hammerstein noch die Börsenreform und die Währungsfrage berührt, schloß er mit einem warmen Appell an die Landwirtschaft, sie solle Selbstvertrauen zeigen und auch der Regierung vertrauen.

Die Erklärungen des gegenwärtigen Landwirtschaftsministeriums zeigen, daß die Männer des „neuesten Kurzes“ der mislichen Lage der Landwirtschaft lebhaftes Verständnis entgegenbringen und daß von ihnen nicht nur schöne Worte, sondern auch entsprechende Thaten zu erwarten stehen, durch welche dem nothleidenden wichtigsten Erwerbszweig zu Hilfe gekommen werden soll. Aber es kann dies nicht von heute auf morgen, sondern nur allmählich geschehen, auch will die jetzige Regierung hierbei keineswegs den Weg extremer und von einseitigen Interessen diktirten Maßnahmen einschlagen, sondern immer nur die gegebenen Verhältnisse berücksichtigen, hoffentlich wird die Erfahrung zeigen, daß sich der „neueste Kurs“ mit diesem fernem landwirthschaftlichen Programme auf dem rechten Wege befindet.

Steuererhöhung.

Zu den nächsten Tagen steht den Steuerzahlern in Sachsen eine unliebsame Ueberraschung bevor. Die Steuerzettel werden ausweisen, daß, um die laufenden Bedürfnisse zu decken, ein Zuschlag zur Einkommensteuer erhoben werden muß. Die Genehmigung dazu ist der Regierung schon vom vorigen Landtag zu theil geworden. Auch wie das so gekommen ist, ist bekannt. Es sind die Verhältnisse im Reich, welche die Finanzen der Einzelstaaten ungünstig beeinflussen. Um 33 1/2 Mill. Mark bleiben in diesem Jahre die Ueberweisungen des Reichs an die Einzelstaaten hinter den Matrikularbeiträgen zurück. Der Fehlbetrag muß, da andere Einnahmequellen fehlen, durch Erhöhung der direkten Steuern gedeckt werden. Dieser Zustand wird so lange dauern, als nicht das Reich seine Einnahmen erhöht, d. h. bis nicht der Reichstag neue Steuern bewilligt. Denn mit der bloßen Sparsamkeit im Reichsbauhaushalt ist es nicht gethan. In Dingen dieser Art hat die „Sparsamkeit“, so nothwendig sie auch ist, ihre natürliche Grenze in dem, was sein muß. Die Hauptaufgabe im Reich ist die für das Heer, gerade aber hier läßt sich, wie die Dinge nun einmal liegen, in absehbarer Zeit Erhebliches nicht sparen. Also müssen neue indirekte Steuern bewilligt werden, wenn nicht die Einzelstaaten genöthigt sein sollen, durch Erhöhung ihrer direkten Steuern immer wieder nachzuhelfen.

Der Zuschlag zur Einkommensteuer in Sachsen beträgt für diesmal 10 Prozent, und der Zuschlag trifft alle Steuerklassen gleichmäßig. Das wird immerhin an manchen Stellen als drückend empfunden werden. Noch schlimmer aber kann die Sache in späteren Jahren werden. Dies Jahr haben sich

im Reich in Folge der niedrigen Getreidepreise — leider! muß man sagen — bei den Ausgaben für die Armee 15 Mill. Mark ersparen lassen. Auch an Jällen ist mehr eingenommen worden, als erwartet wurde. Das kann im nächsten Jahr anders werden. Dann wächst das Defizit, und dann genügt nicht mehr ein 10prozentiger Zuschlag zur Einkommensteuer, sondern es können leicht 25 und mehr Prozent nothwendig werden. Wie wird das den Leuten gefallen? Uebrigens aber: die Erhöhung der direkten Steuern muß doch einmal ein Ende haben, wenn sie anders nicht als „Vermögenskonfiskation“ empfunden werden soll. Auch würde, wenn man immer nur die direkten Steuern steigern wollte, allmählich eine Enttaltung der Einzelstaaten gegenüber dem Reich eintreten, und in den Einzelstaaten würden manche nützliche und für die Bevölkerung segensreiche Aufwendungen unterbleiben müssen. Man muß sich also dazu entschließen, die Finanzreform im Reich durchzuführen und durch eine Erhöhung der indirekten Steuern, die nachweislich gleichmäßiger sich vertheilen und leichter sich tragen als die direkten, dem Reiche eigene Einnahmequellen zu erschließen. Angenehm sind freilich auch die indirekten Steuern nicht, aber es geht eben nicht anders.

Vorgeschlagen ist von der Regierung eine Erhöhung der Tabaksteuer. Dieselbe kann an sich als ungerecht nicht bezeichnet werden, ist vielleicht sogar die gerechteste von allen, denn ein nothwendiges Lebensbedürfnis ist der Tabak ja nicht, und wer sich schon daran gewöhnt hat, zu rauchen, der kann seinen Bedarf doch einschränken oder zu einer billigeren Sorte übergehen. Thut er es aber nicht, so soll er sich doch wenigstens nicht belagern, wenn er von dem „Durus“, den er treibt, indem er jährlich 50 oder 100 Mark oder auch mehr zu seinem Vergnügen in die Luft bläst, dem Staat auch ein paar Mark als Steuer entrichtet. Daran geht sicher keiner zu Grunde. Umgekehrt aber leiden Alle, wenn dem Reiche dauernd neue Einnahmequellen verschlossen bleiben. Mit dem Bier ist es aber ähnlich, ebenso mit dem Branntwein und mit verwandten Dingen. Man prüfe also, wie und wo es sich am besten machen läßt, wie Härten, die freilich nicht ganz zu umgehen sein werden, am leichtesten zu vermeiden oder irgendwie auszugleichen sind, und dann handle man. Aber etwas muß geschehen, mit dem bloßen Reinsagen ist es nicht gethan, sonst läuft das Volk schließlich vor dem Steuerreferat davon, und das ist auch keine angenehme Aussicht.

„Das Vaterland“.

Tagesgeschichte.

Der Dank des Kaisers. Im heutigen „Reichs- und Staatsanzeiger“ wird folgender Allerhöchster Erlass veröffentlicht: Als schönste Festgabe sind Mir auch zu Meinem diesjährigen Geburtstag aus allen Ecken des deutschen Vaterlandes, sowie von patriotischen Deutschen im Auslande Glück- und Segenswünsche in reicher Fülle zugegangen, so daß Mir eine Verantwortung derselben im Einzelnen unmdglich ist. Es gewährt Mir wahrhafte Freude und Befriedigung, zu wissen, daß nicht nur im engeren Vaterlande, sondern überall, wo Deutsche weilen, Mein Geburtstag durch festliche Veranstaltungen mannichfacher Art mit herzlichster Theilnahme gefeiert worden ist. Kann Ich doch aus den Mir gewordenen Kundgebungen unverbrüchlicher Treue und Anhänglichkeit die Zuversicht entnehmen, daß das